

Bern, den 11. Dezember 1961.

a a.
ma
13.XII

Notiz an Herrn Bundespräsident Wahlen,
Herrn Bundesrat Schaffner.

Im Auftrage von Herrn Bundesrat Bourgknecht gestatte ich mir, Sie über folgendes zu informieren:

Wie Sie wissen, wird seit der letzten Jahresversammlung des Internationalen Währungsfonds die Frage geprüft, ob dem Internationalen Währungsfonds zusätzliche Ziehungsrechte auf die Industriestaaten (Mitglieder) für den Fall eingeräumt werden könnten, dass der Dollar zu stützen wäre.

Es scheint nun eine Einigung erzielt worden zu sein. Zu diesen Besprechungen sind wir bisher nicht eingeladen worden (abgesehen von der letzte Woche eingegangenen Aufforderung, einen stillen Beobachter in eine Sitzung zu entsenden).

Anlässlich der gestrigen BIZ-Versammlung in Basel hat Herr Gouverneur Brunet von der Banque de France, im Auftrage von Herrn Baumgartner, unserem Herrn Schwegler mitgeteilt, dass am nächsten Donnerstag in Paris eine Sitzung stattfindet, an der die beteiligten Industrieländer die Einräumung der zusätzlichen Ziehungsrechte definitiv beschliessen würden. Die Schweiz sei eingeladen, daran teilzunehmen und man hoffe sehr, dass sie sich bei dieser Gelegenheit bereit erkläre, mit einem bestimmten Betrag mitzumachen.

Diese Einladung sieht aus wie ein Ueberrumpelungsmanöver. Wir sollten Gelegenheit haben, den ganzen Fragenkomplex sehr eingehend zu prüfen, dies umsomehr als einerseits es sich um sehr hohe Beträge handelt - die Nationalbank glaubt, dass wir unter 200 Millionen Dollars nicht wegkommen werden - sowie im Hinblick



- 2 -

auf unsere Nichtmitgliedschaft beim Fonds auch technisch eine eingehende Regelung notwendig ist, und andererseits überlegt werden muss, ob wir nicht gewisse Gegenleistungen verlangen sollen.

Im Einvernehmen mit Herrn Bundesrat Bourgknecht habe ich Herrn Schwegler erklärt, man sollte Herrn Gouverneur Brunet mitteilen, die Schweiz sei bereit, einen Vertreter des Internationalen Währungsfonds zu empfangen und den ganzen Fragenkomplex wohlwollend zu prüfen; sie sei aber nicht in der Lage, sich in drei Tagen für etwas zu entscheiden, wofür andere Länder drei Monate Zeit gehabt hätten. Die Schweiz werde keinen Vertreter an die am nächsten Donnerstag stattfindende Sitzung entsenden. Herr Schwegler teilt vollständig unsere Auffassung.

Herr Schwegler wird in diesem Sinne nach Paris berichten.

Kauser

Pl. Eledtje gemäss Telephon
vom 11. XII. 61.

fy